



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 02.08.2024 bis 09.08.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Die Not im äthiopischen Tigray ist groß	4
Bangladesch: Nach Rücktritt der Premierministerin übernimmt die Armee die Macht	5
D.R. Kongo: Neues Waffenstillstandsabkommen mit Ruanda	6
Deutschland: 22-Jährige nach antiisraelischer Parole zu Geldstrafe verurteilt	7
Deutschland: Jüdisches Mahnmal in Berlin-Spandau beschmiert	8
Deutschland: Mann überfällt 90-Jährige in einer Kirche	9
DR Kongo: Mindestens 72 Menschen von Islamisten getötet	10
Indien: 120 Christen werden gezwungen, zum Hinduismus zu konvertieren	11
Iran: Iranische Republik gegen Demonstranten	12
Israel: Auch unter Christen gibt es Spannungen	14
Israel: Gebet für Befreiung der Geisel	15
Israel: Zwei Tote bei Messerangriff	16
Kirgistan: Christ von einem Muslim Teenager getötet	17
Laos: Pastor erschossen	18
Mali: Massaker von di Tinzaouaten	19
Myanmar: Die Junta verlängert den Ausnahmezustand inmitten militärischer Probleme	20
Nicaragua: Kirche leidet unter Verhaftungswelle	22
Nigeria: Hoffnungszeichen im Massen-Terror	23
Nigeria: Mehr als ein Dutzend Tote	24
Nigeria: Zwei Kirchenvorsteher freigelassen	25
Pakistan: 15jährige vergewaltigt. Polizei bleibt passiv.	26
Pakistan: Christ, Vater von vier Kindern, erschossen	28
Russische Föderation: Geistlicher zusammen mit 20 Personen in Terrorattacken in Dagestan getötet	29
Russland: Mut und Weisheit die Frohe Botschaft weiterzugeben	30
SCHOTTLAND: NEUE UMFRAGE SIEHT CHRISTEN UNTER DRUCK	31
Somalia: Anschlag am Strand von Mogadischu	32
Somalia: Christliche Familie von muslimischen Verwandten angegriffen	33
Somalia: UN-Generalsekretär verurteilt islamistischen Anschlag	35
Sudan: Die Hälfte der Sudanesen leidet Hunger	36
Tschad: Priester festgenommen	37
Turkmenistan: Haftandrohung gegen protestantischen Pastor	38

Uganda: Pastor auf dem Weg von der Kirche nach Hause ermordet	39
Usbekistan: Wir hoffen auf Gottes Gnade	40
Vietnam: Neuer kommunistischer Führer wird als Bedrohung für Christen gesehen	41

Äthiopien: Die Not im äthiopischen Tigray ist groß

Katholische Kirche setzt sich für traumatisierte Menschen im Tigray ein

Adigrat/Königstein (IDEA) – Der Bürgerkrieg in der Region Tigray im Norden Äthiopiens hat über einer Million Menschen das Leben gekostet. Es kam zu Verstümmelungen und Vergewaltigungen, schilderte der in dem Land tätige katholische Bischof Tesfaselassie Medhin (Adigrat) bei einem Besuch in der Internationalen Zentrale des weltweiten katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ (ACN) in Königstein im Taunus: „Die Menschen in Tigray haben die Hölle erlebt.“ Während des Konflikts zwischen 2020 und November 2022 sei die Region komplett abgeriegelt gewesen. Auslöser war ein Streit um die Macht zwischen der Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und der lange in Tigray regierenden „Tigray’s People Liberation Front“ (TPLF), der sich später auch auf weite Teile des Landes ausweitete. Zwar sei der Konflikt mit einem Friedensabkommen beendet worden, doch es komme weiter zu Auseinandersetzungen, so Medhin. Dem Bischof zufolge haben Hilfsorganisation die Region verlassen, doch einige Priester und Ordensleute – unter ihnen 30 ausländische Missionare – seien dageblieben. Ihr Einsatz habe für die Bevölkerung große Bedeutung. Obwohl die Katholiken nur ein Prozent der rund sieben Millionen Einwohner Tigrays ausmachten, habe die katholische Kirche als Träger von Einrichtungen im Gesundheits- und Bildungsbereich für 25 Prozent der Einwohner große Bedeutung.

Biblisch gestützte Traumaprogramme

Auch nach dem offiziellen Kriegsende sei der Bedarf an Seelsorge und Betreuung von traumatisierten Menschen sehr hoch. Viele könnten die erlebten Grausamkeiten nicht verarbeiten. Für sie gebe es psychologische und seelsorgerliche Hilfe. Medhin: „Eine Bewältigung der traumatischen Erfahrungen ist nicht möglich, ohne sich dem Geschehenen zu stellen. Es muss aber auch die geistliche Dimension berücksichtigt werden. Darum sind unsere Programme biblisch gestützt und werden geistlich begleitet.“ „Kirche in Not“ kündigte an, diese Arbeit finanziell zu unterstützen.

Die Probleme sind weiterhin groß

Medhin bedauerte, dass viele geflüchtete Menschen nicht in ihre Heimatorte zurückkehren könnten. Er rechnet damit, dass noch Tausende durch Gewalt, Nahrungsmittelknappheit und eine mangelnde medizinische Versorgung sterben würde. Denn nach wie vor gebe es kaum Hilfe von außen: „Wie kann die Welt da einfach nur zuschauen?“ Äthiopien ist mit rund 110 Millionen Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Staaten Afrikas. Über die religiöse Zusammensetzung gibt es sich stark widersprechende Angaben. Manche Quellen sprechen davon, dass 95 Prozent der Einwohner der äthiopisch-orthodoxen Kirche angehören, andere geben die Zahl der Christen mit 63 Prozent an sowie 34 Prozent Muslime.

Bangladesch: Nach Rücktritt der Premierministerin übernimmt die Armee die Macht

Dhaka (Fides) - "Jetzt, wo die Demonstrierenden bekommen haben, was sie wollten, hoffen wir, dass sich die Lage beruhigt", sagt eine lokale Quelle aus Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, wo heute, am 5. August, Premierministerin Sheikh Hasina Wazed zurückgetreten ist, gegenüber der Fides. "Nach tagelangen gewaltsamen Protesten, die blutig niedergeschlagen wurden, ist die Premierministerin zurückgetreten und hat das Land verlassen", so die Quelle, die aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet.

Der Generalstabschef der Streitkräfte, General Waker-uz-Zaman, kündigte die Bildung einer Übergangsregierung bis zu Neuwahlen an. "Das Eingreifen der Armee lag in der Luft", berichtet der Beobachter, "Hochrangige Militärs im Ruhestand hatten gestern (4. August) an das Militär appelliert, in die Kasernen zurückzukehren und die Demonstranten nicht zu unterdrücken".

Die Demonstrationen waren von Studierenden auf den Weg gebracht worden, um gegen das von der Regierung vorgesehene Quotensystem im öffentlichen Dienst zu protestieren. Im Laufe der Zeit weiteten sich die Proteste auf andere Gruppen wie Freischaffende und Professoren aus, und die Forderungen wurden immer lauter, bis hin zur Forderung nach dem Rücktritt der Ministerpräsidentin, die inzwischen ins indische Exil gegangen ist.

(L.M.) (Fides 5/8/2024)

D.R. Kongo: Neues Waffenstillstandsabkommen mit Ruanda

Katholische Bischöfe fordern vollständige Umsetzung

Kinshasa (Fides) - "Das Waffenstillstandsabkommen muss vollständig umgesetzt werden", fordert die Kongolesische Bischofskonferenz von den Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas. In einer am 7. August veröffentlichten Erklärung erklären die Bischöfe: "Während sie alle zu diesem ‚kleinen‘ Fortschritt beglückwünscht, erinnert die Bischofskonferenz daran, dass dies nicht das erste Abkommen ist, das zwischen den Regierungen Ruandas und der Demokratischen Republik Kongo unterzeichnet wurde". Die kongolesischen Bischöfe betonen, dass "gegen alle früheren Abkommen mühelos verstoßen wurden und die verschiedenen Berichte darüber keine Sanktionen nach sich zogen".

Das Abkommen, auf das sich die Bischofskonferenz bezieht, wurde am späten Abend des 30. Juli von der angolischen Regierung bekannt gegeben, die in der angolischen Hauptstadt zwischen den Kongolesen und Ruandern vermittelt hatte. „Die zweite Ministertagung zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Ruanda, die in Luanda unter Vermittlung der Republik Angola stattfand, führte zum Abschluss eines Waffenstillstands, der am 4. August um Mitternacht in Kraft treten wird“, teilte das angolische Präsidentenamt mit.

Die Demokratische Republik Kongo wirft der Regierung in Kigali vor, die M23-Rebellen, die mehrere Gebiete in der östlichen Provinz Nord-Kivu eingenommen haben, mit Waffen und eigenen Truppen zu unterstützen. Die ruandische Regierung weist die kongolesischen Anschuldigungen zurück, hat aber zugesagt, ein Friedensabkommen mit den M23-Rebellen zu schließen.

Der Waffenstillstand scheint jedoch nicht zu halten zu sein. Die M23 setzt ihren Vormarsch fort und hat am gestrigen 7. August, die Kontrolle über die Ortschaft Nyakakoma am Eduardo-See übernommen, nachdem sie bereits die Stadt Ishasha an der Grenze zu Uganda eingenommen hatte. Aus diesem Grund haben die kongolesischen Bischöfe interveniert und die Unterzeichner zur Einhaltung der Abkommen aufgefordert.

Zwischen 2022 und Juli 2024 führten die kongolesischen Bischöfe zahlreiche Aufklärungskampagnen durch, um die internationalen Partner auf die kongolesische Krise aufmerksam zu machen und sie zu einem stärkeren Engagement zu bewegen. In ihrer Stellungnahme hält die Bischofskonferenz nun jedoch fest, dass "die internationalen Partner den Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo nicht in gleichem Masse als Priorität betrachteten wie den Krieg in der Ukraine oder die Situation im Nahen Osten".

Der Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo hat regionale Auswirkungen, die nicht nur Ruanda (mit Ausnahme des ehemaligen Belgisch-Kongo), sondern auch andere Länder, angefangen bei Uganda, betreffen. Laut dem am 6. August veröffentlichten Bericht der einer Forschungsgruppe der „New York University“ hat die Wiederaufnahme der Kämpfe durch die M23-Miliz im Jahr 2021, acht Jahre nach ihrer Kapitulation im Jahr 2013, mit den zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Uganda unterzeichneten Wirtschaftsabkommen zu tun, die Ruanda aus dem regionalen Handel zu verdrängen drohen. Die Reaktivierung der M23-Bewegung werde von Kigali als eine Möglichkeit gesehen, "Einfluss gegen den nördlichen Nachbarn Uganda auszuüben", so die US-Forscher. Sie stellen jedoch fest, dass Ruanda und Uganda seit April 2022 "allmählich begonnen haben, die M23-Miliz gemeinsam zu unterstützen".

(L.M.) (Fides 8/8/2024)

Deutschland: 22-Jährige nach antiisraelischer Parole zu Geldstrafe verurteilt

Berlin: Sie hatte auf einer Demo „From the river to the sea, palestine wil be free“ gerufen

Berlin (IDEA) – In Berlin ist eine Frau wegen Verwendung der Parole „From the river to the sea, palestine wil be free“ (Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein) vom Amtsgericht Tiergarten zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die 22-Jährige muss 40 Tagessätze zu 15 Euro zahlen, was somit einer Gesamtsumme von 600 Euro entspricht. Die Frau – Medienberichten zufolge eine Deutsch-Iranerin – hatte die Parole am 11. Oktober 2023 auf einer nicht genehmigten Versammlung in Berlin gerufen – also nur vier Tage nach dem Massaker der Hamas in Israel. Medienberichten zufolge begründete die Vorsitzende Richterin das Urteil mit diesem zeitlichen Kontext. Der Ausruf könne in diesem Zusammenhang nur als Leugnung des Existenzrechts Israels und als Befürwortung des Angriffs verstanden werden. Sie habe sich somit der Billigung von Straftaten schuldig gemacht. Mit der Parole wird das Gebiet vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer beschrieben – also das Gebiet, in dem sich der Staat Israel befindet. Laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ließ die Vorsitzende Richterin während des Verfahrens eine Person nach Zwischenrufen aus dem Saal entfernen. Einige der etwa 30 Zuhörer sollen sich nach dem Urteilsspruch lautstark propalästinensisch geäußert haben. Laut der Tageszeitung „Die Welt“ mussten Justizbedienstete den Saal kurz nach der Urteilsverkündung wegen lautstarker Proteste von Zuschauern räumen. Auf dem [Video](#) eines „Tagesspiegel“-Reporters ist zu hören, dass mehrere Menschen vor dem Gerichtsgebäude die Parole erneut riefen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Deutschland: Jüdisches Mahnmal in Berlin-Spandau beschmiert

Es erinnert an die 1938 zerstörte Spandauer Synagoge

Berlin (IDEA) – In Berlin ist erneut ein jüdisches Mahnmal beschmiert worden. Wie die [Polizei](#) am 7. August mitteilte, haben Unbekannte das „Mahnmal Lindenufer“ mit roten antiisraelischen Schriftzügen beschädigt. Auch an der Fassade des Rathauses Spandau seien in roter Farbe Schriftzüge aufgetragen worden. Zusammenhänge zwischen den beiden Sachbeschädigungen könnten nicht ausgeschlossen werden. In beiden Fällen ermittle der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin. Das 1989 errichtete Mahnmal am Lindenufer erinnert an die Spandauer Synagoge. Sie wurde in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstört.

Deutschland: Mann überfällt 90-Jährige in einer Kirche

Heilbronn: Der mutmaßliche Täter sitzt nun in Untersuchungshaft

Heilbronn (IDEA) – In Heilbronn soll ein Mann eine 90-Jährige in einer Kirche ausgeraubt haben. Der Vorfall ereignete sich am 1. August, wie Staatsanwaltschaft und Polizeipräsidium am 5. August gemeinsam [mitteilten](#). Der 40-Jährige soll die Seniorin beleidigt und Geld von ihr gefordert haben. Die 90-Jährige versuchte vor dem Mann zu flüchten. Daraufhin soll dieser sie zu Boden gestoßen und auf sie eingetreten haben. Dabei habe er weiter Geld gefordert und schließlich die Tasche der Frau an sich genommen. Der Mann floh, konnte aber von der Polizei festgenommen werden. Die am Kopf verletzte Frau kam in ein Krankenhaus. Der Mann sitzt wegen Raubes und gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft.

DR Kongo: Mindestens 72 Menschen von Islamisten getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/02.08.24 - Bei Angriffen militanter Islamisten in Nord-Kivu sind mindestens 72 Menschen ums Leben gekommen.

Bei einer Reihe von bewaffneten Angriffen der Zentralafrikanischen Provinz des Islamischen Staates (auch bekannt als Alliierte Demokratische Kräfte) auf Dörfer im Bezirk Mamove wurden am 23. Juli 35 Menschen getötet.

Mindestens 20 wurden nach den Angriffen in den Dörfern Katerain, Kota Okola und Nzakiya enthauptet aufgefunden. Weitere 15 Leichen wurden zwei Tage später entdeckt.

ISCAP hatte bereits am 17. Juli bei einem Angriff in dem Dorf Kazor, ebenfalls im Bezirk Mamove, mindestens 37 Menschen getötet.

Der örtliche Gemeindevorsteher Kinos Katuho berichtete, dass neun Häuser und mehrere Motorräder verbrannt worden seien.

Katuho sagte, er habe die Behörden auf die Anwesenheit von Kämpfern in dem Gebiet aufmerksam gemacht. Deren Untätigkeit habe zu dem Ausmaß des Vorfalles beigetragen. Es wird befürchtet, dass viele Bewohner entführt wurden.

Seit 2017 wurden in der mehrheitlich christlichen DRK schätzungsweise 5.500 Menschen durch ISCAP getötet. Am schlimmsten ist die Gewalt in den nordöstlichen Provinzen Ituri und Nord-Kivu, über die seit Mai 2021 der offizielle Ausnahmezustand verhängt ist.

Der Islamische Staat ist in vielen Teilen Afrikas südlich der Sahara aktiv, wobei Kämpfer zwischen Konfliktgebieten wie Nord-Kivu und der mosambikanischen Provinz Cabo Delgado reisen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/at-least-72-people-killed-by-islamists-in-north-kivu-d-r-congo/>

Indien: 120 Christen werden gezwungen, zum Hinduismus zu konvertieren

International Christian Concern - Rund 120 Stammeschristen aus zwei Dörfern im Bezirk Koraput im östlichen indischen Bundesstaat Odisha wurden am Sonntag während einer als "ghar wapsi" oder "Heimkehr" bekannten Zeremonie gewaltsam zum Hinduismus zurückgeführt.

Die "ghar wapsi"-Zeremonie umfasst hinduistische und Stammesrituale, um ehemalige Hindus, die Christus angenommen haben, zu "reinigen" und alle Überreste des christlichen Glaubens abzuwaschen. Während dieser Rituale werden den Männern oft die Köpfe rasiert. In einigen Fällen haben radikale Hindus Christen gezwungen, das Blut eines mit Kuhmist vermischten Huhns zu trinken.

Kurz vor den erzwungenen Konversionen versammelten sich Berichten zufolge lokale Mitglieder der Vishwa Hindu Parishad Dharma Prasar, einer fundamentalistischen Hindu-Randgruppe, in dem Tempel, in dem die Zeremonie stattfand.

Während der Zeremonie wurden 83 Männer aus 19 Familien unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren. Mehrere Frauen und Mädchen gaben dann dem Druck nach, zu konvertieren. Nach Angaben einiger dieser Personen waren sie dem Christentum gefolgt, weil es die Religion ihrer Verwandten war, die vier Generationen zurückreichte. Sie konvertierten auf Druck lokaler Hindu-Nationalisten und lokaler Regierungsbehörden, die die Versorgung der Familien mit subventionierten Grundnahrungsmitteln wie Reis und Linsen.

Hindu-Führer versperrten den Familien auch den Zugang zu einem örtlichen Brunnen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Iranische Republik gegen Demonstranten

Systematischer Einsatz sexueller Gewalt

(israelnetz.com / von Carmen Shamsianpur vom 5. August 2024) *Die Islamische Republik Iran hat im Zuge der „Frau-Leben-Freiheit“-Proteste im Jahr 2022 Zehntausende Demonstranten festgenommen und viele von ihnen misshandelt. Betroffene berichten, welche Rolle dabei sexuelle Gewalt spielte.*

Leserhinweis: Dieser Text enthält verstörende Beschreibungen schwerer sexueller Gewalt.

Die Islamische Republik Iran setzt systematisch sexuelle Gewalt gegen Demonstrantinnen und Demonstranten ein. Die meisten Opfer reden nicht darüber. Sie sind traumatisiert oder haben Angst vor weiteren Repressalien. Das oppositionelle Nachrichtenportal „Iran International“ hat ein Jahr lang zu dem Thema recherchiert und sechs Betroffene im Alter zwischen 19 und 43 Jahren sowie Angehörige interviewt.

Systematik

Die Berichte der sechs Demonstranten legen den systematischen Einsatz sexueller Gewalt durch das iranische Regime nahe. Sie stammen aus fünf verschiedenen Provinzen des Landes. Die Übergriffe richteten sich nicht nur gegen Frauen. Unter den Interviewpartnern sind drei Männer. Ebenso waren Frauen als Täterinnen involviert.

Die Tathergänge weisen ähnliche Muster auf. Die Übergriffe begannen jeweils verbal und physisch unmittelbar nach der Festnahme. Sie begannen mit Belästigung während der Fahrt in Polizeifahrzeugen und gipfelten in schweren sexuellen Übergriffen in Haft oder an anderen Orten wie Wohnungen, Gassen, Lagerhallen und medizinischen Einrichtungen. Den Demonstranten wurden jeweils die Augen verbunden. Sie erkannten ihre Umgebung an Geräuschen und Gerüchen.

Es waren immer mehrere Sicherheitsbeamte zugegen. Die Interviewten gaben an, jeweils weitere Personen zu kennen, denen es ähnlich erging, die aber nicht darüber reden wollen oder können.

Verbrechen der „Nacktheit“

Die Gewalt richtete sich offensichtlich nicht nur gegen die Individuen, sondern gegen die [Bewegung](#) als solche. Die Demonstranten sollten davon abgehalten werden, sich nach ihrer Freilassung wieder an Protesten zu beteiligen. Der Bericht von „Iran International“ bezeichnet den „Frau-Leben-Freiheit“-Aufstand als die damals „größte Herausforderung für das klerikale Regime“.

Die Behandlung durch die Polizei zielte darauf ab, ein Gefühl der Verlassenheit erzeugen und den Sinn der gesamten Bewegung infrage zu stellen. In der Regel mussten sich die Verhafteten nackt ausziehen. Ein Mann wurde gefragt: „Was gibt es Neues von den Nackten aus der Revolution?“ Sie bezogen sich auf die angebliche Bereitschaft vor allem der weiblichen Demonstranten, „sich nackt zu machen“ und „Unmoral“ zu verbreiten. Dabei ist „Nacktheit“ ein Ausdruck, der auf Frauen ohne Kopftuch angewandt wird.

Erniedrigung und Isolation

Einer Frau wurde gedroht, dass man sie ersticken und ihre Leiche ins Meer werfen werde. „Als Todesursache stellen wir Suizid fest. Deine Familie bringen wir in Schande.“ Polizistinnen hielten sie fest, während ein Mann sie missbrauchte.

Eine Mutter berichtet, dass Polizisten ihre Tochter unter ständigen Morddrohungen schlugen und missbrauchten. Sie redeten ihr ein, dass „draußen“ niemand auf sie warte. „Deiner Familie teilen wir mit, du hättest das Land verlassen. Deine Leiche vergraben wir.“

Teilweise erzwangen die Beamten durch diese Art der psychischen und physischen Bedrängung auch Geständnisse. Demonstranten sollten beispielsweise unterschreiben, Sicherheitspersonal angegriffen zu haben.

Männliche Opfer und weibliche Täter

Die Demonstranten, die von Übergriffen durch Polizistinnen berichteten, beschrieben diese als streng islamisch in den „Tschador“ gekleidet. Die schwarze Ganzkörperumhüllung lässt nur einen Augenschlitz oder das ganze Gesicht sowie eventuell die Hände unbedeckt. In mindestens einem gemeldeten Fall waren sie direkt an der sexuellen Gewalt gegen eine Demonstrantin beteiligt.

Die Männer unter den Betroffenen berichten von schweren Schlägen mit Gegenständen wie Stühlen und Tritten, bevorzugt in die Genitalien. Teilweise erzählen sie, dass ihnen unbekannte Substanzen injiziert und sie mit Wasser übergossen wurden. Sie alle mussten sich nackt ausziehen.

In einem besonders schweren Fall sexuellen Missbrauchs wurde ein Mann mit einem Gegenstand gewaltsam penetriert. Erst nach mehreren Tagen wurde ihm eine Untersuchung – ohne Behandlung – zuteil. Die Person teilte ihm mit, dass sein „Anus gerissen“ sei. Nach etwa zwei Monaten kam der Demonstrant frei. Er kenne viele Leute, die ähnliche Erfahrungen gemacht hätten, sagt er.

Schwere körperliche und seelische Schäden

Sowohl Männer als auch Frauen berichten, bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen worden zu sein. Auch in den Interviews konnten sie über viele ihrer Erfahrungen nicht detailliert sprechen. „Ich sage nur, ich wurde vergewaltigt“, sagte eine Frau. „Es ist zu schwierig für mich, Einzelheiten zu nennen.“ Ein Mann konnte sich nur in Anwesenheit seines Therapeuten interviewen lassen. Einige berichten von Bekannten, die durch ihre Erfahrungen in den Selbstmord getrieben wurden.

Die Opfer leiden neben ihren physischen Verletzungen unter Stress und Schlafstörungen, Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Viele nehmen therapeutische Hilfe in Anspruch. Aber nicht jeder findet eine Person, der er sich anvertrauen kann. Eine gerichtliche Verfolgung der Taten ist nahezu ausgeschlossen. Obwohl Vergewaltigungen nach iranischem Recht verboten sind, weist die Justiz Klagen von Demonstranten in der Regel ab, selbst wenn Beweismaterial vorliegt.

Die meisten Betroffenen sprechen überhaupt nicht über das, was ihnen angetan wurde. Bei ihnen hat die Gewalt ihr Ziel erreicht und sie zum Schweigen gebracht. Die Zahl der Opfer sexueller Gewalt wird deswegen unbekannt bleiben, solange das Regime an der Macht ist.

Israel: Auch unter Christen gibt es Spannungen

Kardinal Pizzaballa: Es ist nicht leicht, von Neutralität und Dialog zu reden

München (IDEA) – In Israel gibt es auch unter Christen aufgrund der aktuellen Kriegssituation Spannungen. Das berichtet der Projektreferent von „Kirche in Not“ (München) für die Länder des Nahen Ostens, Reinhard Backes, in einer Pressemitteilung des katholischen Hilfswerks. Am 7. Oktober hatte die islamistische Terrororganisation Hamas Israel angegriffen. Nun befinden sich Israel und die Hamas im Krieg. Backes war mit einer Delegation von „Kirche in Not“ in Jerusalem und im Westjordanland unterwegs. Die Spannungen gibt es ihm zufolge unter anderem zwischen hebräisch und arabisch sprechenden Christen. Auf der einen Seite gebe es Christen, die in der israelischen Armee dienen, während unter den Opfern im Gazastreifen auch arabische Christen seien. Der (katholische) Lateinische Patriarch von Jerusalem, Pierbattista Kardinal Pizzaballa, habe deswegen bei einem Gespräch gesagt, dass es nicht leicht sei, von Neutralität und Dialog zu reden, obwohl beides natürlich notwendig sei. Backes: „Aber er hat betont, dass man den Christen auf der arabischen wie der hebräischen Seite zuhören, mit ihnen leiden und bei ihnen sein muss. Das ist ein schwieriger Spagat.“ Das Team von „Kirche in Not“ konnte aufgrund der aktuellen Lage nicht die beiden christlichen Gemeinden im Gazastreifen – die griechisch-orthodoxe und die katholische Pfarrei – besuchen. Es gebe im Gazastreifen noch rund 600 Christen, so Backes. Sie befänden sich vor allem in Gaza-Stadt: „Sie halten sich auf dem Gelände der katholischen und auch der orthodoxen Pfarrei auf. Gaza-Stadt ist praktisch zerstört, aber das Leben muss irgendwie weitergehen. Die Christen wollen dortbleiben.“

Israel: Gebet für Befreiung der Geisel

(AMZI - Be'ad Chaim, Jerusalem) Unsere Betreuerin in Ashkelon, Yael, bemerkte ein großes Plakat, das Alex, eine der Geiseln, die in ihrer Stadt gelebt hatte, zeigte. Yael sah im Internet nach, um herauszufinden, wer er war. *Sie hörte, wie seine junge Frau Michal von ihrem Mann erzählte, der am 7. Oktober nach Gaza verschleppt wurde und sie mit einem kleinen Sohn zurückließ, während sie mit ihrem nächsten Kind schwanger war.*

Yaels Herz schlug für diese tapfere junge Frau, und so arrangierte sie einen Besuch bei ihr. Alex hatte als Barmanagerin auf der Nova-Party gearbeitet, als der Anschlag verübt wurde. Michal hat seither keine Informationen über Alex erhalten. Sie hat sich an dem Medienkrieg beteiligt, um ihren Mann zurückzubekommen. Sie gab ihren Job auf und zog zurück in ihr Elternhaus, ließ eine Wohnung und Rechnungen zurück. **Sie hoffte und betete, dass ihr Mann Alex freigelassen würde** und sie bei der Geburt dabei sein und ihr neues Baby sehen könnte. Dies geschah jedoch nicht.

Im Februar brachte Michal den kleinen Kai zur Welt. Ihr Baby hat ihr viel Kraft gegeben, um weiterzumachen. Michal schreibt: **"Ich möchte Be'ad Chaim und den Spendern ein großes Dankeschön sagen.** Ihr seid genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen und habt meine Situation verstanden. Ihr habt mir das Gefühl gegeben, geliebt und wichtig zu sein, indem ihr für mich und die Kinder und für die Rückkehr meines Mannes gebetet habt. Sie sind anders als andere, und wann immer ich einen Anruf Ihres Beraters oder eine SMS sehe, reagiere ich sofort, weil Sie mir ein anderes Gefühl gegeben haben und ich offen und ehrlich über meine Kämpfe sprechen kann, ohne mich unwohl zu fühlen."

Wir danken Ihnen für Ihre Gebete für Alex' Sicherheit und seine baldige Rückkehr nach Hause, für Michal und ihre beiden Söhne.

Israel: Zwei Tote bei Messerangriff

Zentralisrael: palästinensischer Attentäter erschossen

(Von Israelnetz vom 4. August 2024) Ein Palästinenser hat am Sonntagmorgen in der zentralisraelischen Stadt Holon zwei Zivilisten erstochen. Bei den Opfern handelt es sich um die 66-jährige Rina Daniv und einen Mann in den 70ern. Zwei weitere Menschen erlitten bei dem Anschlag Verletzungen. Der 38-jährige Attentäter wurde von einem Polizisten erschossen. Die Sicherheitskräfte vermuten, dass er sich illegal in Israel aufhielt. Er verübte seine Angriffe an drei verschiedenen Orten in der Stadt, darunter ein Park. (eh)

Kirgistan: Christ von einem Muslim Teenager getötet

Christliche Familie trauert um ihren getöteten 13 Jahre alten Jungen

Eine christliche Familie trauert um einen 13-jährigen Jungen, der von einer Gruppe muslimischer Teenager geschlagen und getötet wurde. Dies geschah in einem Dorf in Kirgistan, so berichtet ein Barnabas Kontakt.

Die Angreifer warfen den Körper des Jungen in einen Fluss, um es nach Selbstmord aussehen zu lassen. Die Verantwortlichen haben sich bisher geweigert, den Zwischenfall zu untersuchen. Dieser Mord passierte nach einer Kampagne der Verfolgung gegen die kleine christliche Gemeinde im Dorf, angestachelt von einem muslimischen Leiter, der erklärte, es sollten keine Christen in diesem Gebiet leben.

Kirgistans Verfassung garantiert aber die Freiheit des Gewissens und der Religion; die Einwohner Kirgistans sind zu 86 % Muslims, und Christen in ländlichen Gegenden erdulden oftmals Verfolgung von der muslimischen Mehrheit. Ehemalige Muslime, die zum Christentum übergetreten sind, werden dabei bevorzugt angegriffen. Muslime weigern sich oft diese einzustellen und als konvertierte Christen sind sie oft abgeschnitten von der Unterstützung ihrer muslimischen Familie und stehen oft einer verzweifelten Armut gegenüber.

Bitte beten Sie, dass die trauernde Familie sich dessen bewusst ist, dass der Herr in dieser Zeit der Not an ihrer Seite steht (Psalm 16:8). Bitten Sie, dass Gottes perfekte Liebe alle Angst in der christlichen Gemeinschaft austreibt (1. Johannes 4:18) und dass Er die Leiter der Gemeinde mit Weisheit und Bestimmtheit füllt. Beten Sie, dass die Regierung anerkennt, dass dieser Tod gründlich untersucht werden muss und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Beten Sie, dass Gott die Christen in Kirgistan, ganz besonders die übergetretenen Muslime, in diesen ländlichen Regionen schützt.

Quelle: Barnabasfund

Laos: Pastor erschossen

IIRF-D/BA/Tübingen/02.08.24 - Ein Pastor im Norden von Laos wurde am 23. Juli von zwei maskierten Bewaffneten in seinem Haus erschossen, berichtet ein Barnabas-Kontakt.

Pastor Thongkham Philavanh war Vorsitzender der Gruppe der Laotischen Evangelischen Kirchen in der Provinz Oudomxay.

Die bewaffneten Männer näherten sich um 20 Uhr dem Haus des Pastors und gingen zur Rückseite des Gebäudes. Als sie Pastor Thongkham sahen, schoss einer der Bewaffneten sieben Mal auf ihn.

Pastor Thongkham's Frau, sein Sohn und seine Tochter blieben unverletzt. Die Partner von Barnabas Aid unterstützen die Familie in dieser schwierigen Zeit mit finanziellen Mitteln für lebensnotwendige Ausgaben.

Das Motiv für die Schießerei ist noch nicht geklärt. Die Anwohner sind erschüttert und leben derzeit in Angst“, so unser Kontakt.

Das im Dezember 2019 in Kraft getretene Gesetz über die evangelische Kirche gibt laotischen Christen das Recht, im ganzen Land Gottesdienste abzuhalten und zu predigen sowie Kontakte zu Gläubigen außerhalb von Laos zu pflegen. Allerdings sind Christen vor Ort oft Schikanen und Gewalt ausgesetzt, insbesondere in ländlichen Gebieten, während die Regierung den Kirchen lästige Registrierungsanforderungen auferlegt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/lao-pastor-shot-dead-at-home-by-masked-gunmen/>

Mali: Massaker von di Tinzaouaten

Militärregierung bricht diplomatische Beziehungen zur Ukraine ab

Bamako (Fides) - "Wir brechen sofort die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine ab", bekräftigte die Militärjunta von Mali am gestrigen 4. August, im Hinblick auf die angebliche Verwicklung des ukrainischen Militärgeheimdienstes in das Massaker an malischen Soldaten und russischen Söldnern des privaten Militärunternehmens „Wagner-Gruppe“, das am 27. Juli von Touareg-Rebellen und Dschihadisten begangen wurde.

"Die Übergangsregierung der Republik Mali hat mit großem Erstaunen die subversiven Äußerungen von Andriy Yusov, Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienstes, zur Kenntnis genommen, in denen er die Beteiligung der Ukraine an einem feigen, verräterischen und barbarischen Angriff terroristischer Gruppen bestätigte, der den Tod von Mitgliedern der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zur Folge hatte", heißt es in einer im Fernsehen verlesenen Erklärung eines Militärsprechers. "Diese Aussagen wurden durch die des ukrainischen Botschafters im Senegal, Juri Pjowarow, bekräftigt, der offen und unmissverständlich die Unterstützung seines Landes für den internationalen Terrorismus, insbesondere in Mali, zum Ausdruck brachte."

Nach Ansicht der malischen Militärregierung handelt es sich dabei um eine "flagrante Verletzung der internationalen Souveränität und der UN-Charta". Aus diesem Grund hat die malische Regierung beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine "mit sofortiger Wirkung" abubrechen, "die Äußerungen von Andriy Yusow und Yurii Pywovarov, die terroristische Handlungen darstellen und den Terrorismus entschuldigen, an die zuständigen Justizbehörden weiterzuleiten" und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, „um eine Destabilisierung Malis durch afrikanische Staaten, insbesondere durch die in der Subregion installierten ukrainischen Botschaften, mit als Diplomaten getarnten Terroristen zu verhindern“.

Am 2. August hatte bereits das Außenministerium von Burkina Faso seine "Empörung" über die Veröffentlichung eines Videos der ukrainischen Armee auf der Facebook-Seite der ukrainischen Botschaft im Senegal geäußert, das nach Ansicht von Ouagadougou "eindeutig die terroristischen Gruppen unterstützt, die für den feigen und barbarischen Angriff vom 25. bis 27. Juli in Tinzaouaten im Norden Malis verantwortlich sind". Burkina Faso bildete zusammen mit Mali und Niger die Konföderation der Sahelstaaten (AES). Alle drei Länder werden von Militärs regiert, die die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) verlassen haben.

Alle drei Länder haben sich Russland angenähert, das Waffen und Militärausbilder geschickt und wirtschaftliche Beziehungen aufgenommen hat (eine Delegation der russischen Atomenergiebehörde „Rosatom“ wird morgen in Ouagadougou erwartet, um über den Bau eines Kernkraftwerks zu sprechen). Im Rahmen ihres Kampfes gegen die russische Aggression versucht die Ukraine, das Vorgehen Moskaus in Afrika zu stören, indem sie diejenigen unterstützt, die sich im Sudan wie in Mali gegen die Söldner der Wagner-Gruppe stellen. Im letzteren Fall wurde die Ukraine jedoch wegen des Massakers an malischen Soldaten und russischen Söldnern in Tinzaouaten als "Sponsor des Terrorismus" gebrandmarkt. In Wirklichkeit fand das Massaker in mehreren Etappen statt und war in erster Linie das Werk von Touareg und Unabhängigkeitskämpfern des CSP (Cadre Stratégique Permanent) und der Dschihadisten der Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (Jama'at Nasr al-Islam wal-Muslimin, JNIM) durchgeführt. Der Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes erklärte: "Die Tatsache, dass die Rebellen die notwendigen Daten erhalten haben, um eine Operation gegen russische Kriegsverbrecher durchführen zu können, wurde bereits von der ganzen Welt beobachtet. Natürlich werden wir die Einzelheiten nicht preisgeben". Der Begriff "Rebellen" wird also ganz allgemein verwendet.

(L.M.) (Fides 5/8/2024)

[top^](#)

Myanmar: Die Junta verlängert den Ausnahmezustand inmitten militärischer Probleme

International Christian Concern - In einer Rede vor dem Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat in der Hauptstadt Naypyitaw kündigte Junta-Chef Min Aung Hlaing diese Woche eine weitere Verlängerung des Ausnahmezustandes an. Seit seiner Machtübernahme im Februar 2021 hat Min Aung Hlaing wiederholt demokratische Wahlen verschoben, indem er den Ausnahmezustand verlängerte.

Berichten von der Grenze zu China zufolge haben Rebellen die wichtige Hauptstadt Lashio im nördlichen Shan-Staat eingenommen. Die Führung der Junta bestreitet, dass die Stadt in die Hände der Rebellen gefallen ist, aber die Kommandozentrale der Junta in diesem Gebiet wurde vor kurzem von vorrückenden Rebellen eingenommen. Der stellvertretende Kommandeur des Nordostkommandos, Brigadegeneral Tin Tun Aung, wurde diese Woche bei einem Raketenangriff in der Nähe von Lashio getötet.

Auf der Ratssitzung soll Min Aung Hlaing erklärt haben, dass angesichts der Unruhen im Lande derzeit keine Wahlen möglich seien. Er machte "terroristische" Angriffe für die Gewalt verantwortlich, eine Anspielung auf die vielen pro-demokratischen und ethnischen Rebellengruppen, die im ganzen Land Krieg gegen die Junta führen. In Bezug auf eine mögliche Wahl im Jahr 2025 sagte Min Aung Hlaing, dass eine Volkszählung notwendig sei, bevor eine Wahl abgehalten werden könne.

Analysten sind sich einig, dass die Tatmadaw angesichts ihrer schwachen Kontrolle über das Land heute keine Wahlen abhalten könnte. Jüngste Berichte deuten darauf hin, dass die Anti-Junta-Milizen in den letzten Monaten erheblich an Boden gewonnen haben und das Gebiet, das fest unter der Kontrolle der Tatmadaw steht, nach Angaben des Sonderbeirats für Myanmar auf nur noch 17% reduziert haben.

Das Interesse der Junta an der Demokratie ist angesichts ihrer Geschichte des demokratischen Umsturzes nicht aufrichtig. In den Jahren seit ihrer Machtübernahme hat die Junta Tausende von prodemokratischen Demonstranten inhaftiert, verletzt oder getötet und hält Aung San Suu Kyi, die letzte demokratisch gewählte Führerin des Landes, unter Arrest.

Bei einem interaktiven Dialog im Mai 2024 sprach der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, über die katastrophale Menschenrechtslage in Myanmar unter der herrschenden Militärjunta. Seit der Machtübernahme am 1. Februar 2021 hat die Junta

Tausende von Zivilisten getötet und schätzungsweise 2,3 Millionen weitere vertrieben.

"Myanmar befindet sich in einem Zustand quälenden Schmerzes", sagte Türk in seiner Erklärung, "und die Auflösung der Menschenrechte schreitet mit halsbrecherischer Geschwindigkeit voran". Weiter beschrieb er Militärtaktiken der Junta wie Enthauptungen, mitternächtliche Bombenangriffe auf Häuser und andere Brutalitäten. "Wir sind Zeugen eines Landes, das von einem illegitimen Militärregime erstickt wird".

Die Junta ist bekannt dafür, Kinder zu entführen und sie zu zwingen, vor ihren Truppen durch Minenfelder zu laufen. In vielen Fällen handelt es sich bei den Opfern um Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, die sich gegen die Gräueltaten eines Militärs wehren, das seit Jahrzehnten einen Krieg der ethnischen und religiösen Säuberung führt.

Das birmanische Militär, das eine extremistische Auslegung des Buddhismus vertritt, hat eine lange Geschichte der Gewalt gegen die Bevölkerung Myanmars, auch gegen ethnische und religiöse Minderheiten wie die mehrheitlich muslimischen Rohingya und die mehrheitlich christlichen Chin.

In ihrer Antwort an Türk schloss sich die US-Botschafterin Michèle Taylor seiner Verurteilung der Gewalt des Militärs gegen die Zivilbevölkerung an und betonte, dass die internationale Gemeinschaft mehr tun müsse, um den Zugang des Militärs zu Waffen und finanziellen Ressourcen zu erschweren", eine jahrelange Priorität der USA als Reaktion auf diese Situation.

Leider genießt das birmanische Militär die beständige Unterstützung Russlands und Chinas, die es trotz weitreichender internationaler Sanktionen weiterhin wirtschaftlich und militärisch unterstützen.

Trotz dieser Unterstützung gehen Experten davon aus, dass das birmanische Militär rasch verkümmert und nur noch 150.000 Mann zählt, nachdem es seit dem Staatsstreich von 2021 etwa 21.000 Mann durch Verluste oder Desertion verloren hat. Diese Zahl liegt deutlich unter früheren Schätzungen von 300.000-400.000 und stellt die Fähigkeit der Junta in Frage, ihre landesweite Militärkampagne aufrechtzuerhalten, insbesondere nach einer Reihe von öffentlichkeitswirksamen Verlusten in den letzten Monaten.

Myanmar ist ein buntes Mosaik aus ethnischen und religiösen Gruppen. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ethnisch burmesisch und ein noch größerer Prozentsatz buddhistisch ist, sind die übrigen Gemeinschaften gut etabliert und organisiert und zum größten Teil Jahrhunderte vor der Gründung des modernen Staates entstanden.

In vielen Fällen haben die ethnischen Minderheiten Myanmars auch eine eigene religiöse Identität angenommen. Etwa 20-30% der ethnischen Karen sind Christen, während andere Gruppen - wie die Chin - zu über 90% Christen sind. Diese Überschneidung von ethnischer und religiöser Identität hat für die Gläubigen eine brisante Situation geschaffen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nicaragua: Kirche leidet unter Verhaftungswelle

Einzelheiten und Gründe hat das Regime bislang nicht genannt

Managua/Vatikanstadt (IDEA) – In Nicaragua leidet die katholische Kirche unter einer erneuten Verhaftungswelle. Das berichtet das Portal Vatican News unter Bezug auf Medien des mittelamerikanischen Landes. Allein am 2. August seien acht Priester und ein Diakon verhaftet worden. Die Behörden hätten noch keine offiziellen Angaben zu Einzelheiten und Gründen der Verhaftungen gemacht. Zuvor sei am 27. Juli ein fast 80 Jahre alter Priester verhaftet worden. Die katholische Kirche bemüht sich seit 2018 um Vermittlung zwischen dem Regime von Präsident Daniel Ortega und der Opposition. Mit der Zeit wurde sie selbst zur Zielscheibe staatlicher Repressalien. Es folgten Zwangsschließungen von Kirchen, [Verhaftungen](#), Brandstiftungen, Störungen von Gottesdiensten oder Polizeikontrollen im Vorfeld sowie Drohungen gegen Gläubige. 2023 war unter anderen Bischof Rolando Álvarez festgenommen und zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er die Menschenrechtsverletzungen der nicaraguanischen Regierung in Predigten angeprangert hatte. Im Januar 2024 wurde er an den Heiligen Stuhl überstellt. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA benannte Álvarez als „[Gefangenen des Jahres 2023](#)“, weil er sich seit Jahren unerschrocken für Menschenrechte und Religionsfreiheit einsetzt. Von den 6,9 Millionen Einwohnern Nicaraguas gehören 50 Prozent der katholischen Kirche und rund 33 Prozent protestantischen Kirchen an.

Nigeria: Hoffnungszeichen im Massen-Terror

IIRF-D/BA/Tübingen/02.08.24 - „Viele Schulen wurden angezündet und bei Angriffen zerstört“, schrieb unser nigerianischer Projektpartner kürzlich. „Die Krankenhäuser sind schlecht ausgestattet oder befinden sich weit entfernt von den vertriebenen Gemeinden, was die medizinische Versorgung und den Zugang zu ihr stark beeinträchtigt.“

Die vertriebenen christlichen Gemeinschaften müssen sich in kritischen Fällen oft mit Hausmitteln behelfen, wie z. B. dem Zerkleinern von Blättern zur Behandlung von Wunden oder der Verwendung von Batteriesäure, Kohle oder Benzin als Desinfektionsmittel.

Diese Gemeinschaften sind auch nicht in der Lage, geistige und seelische Unterstützung zu bieten angesichts der Vielzahl der gewalttätigen Angriffe und anhaltenden Vertreibungen.

Mindestens 45.000 Christen im Norden Nigerias und im Mittleren Gürtel wurden seit 2009 von Islamisten getötet. Es gibt keine Anzeichen für ein Ende der Gewalt.

Christliche Familien sind gezwungen, vor Angriffen zu fliehen und nur das mitzunehmen, was sie tragen können. Weit weg von zu Hause haben sie fast nichts mehr - manchmal nur die Kleidung, die sie tragen.

Die örtlichen Kirchen tun ihr Bestes, um zu helfen, wo sie können, aber auch sie haben zu kämpfen.

Durch unsere Projektpartner hilft Barnabas diesen gefährdeten christlichen Gemeinschaften auf verschiedene Weise, sich selbst zu erhalten.

Erstens können freiwillige Ersthelfer durch Schulungen und die Bereitstellung von medizinischen Rucksäcken lebensrettende Hilfe für diejenigen leisten, die durch antichristliche Gewalt verletzt wurden. Diese Hilfsgüter können auch Menschen mit allgemeineren Gesundheitsbedürfnissen helfen.

Zweitens hilft Barnabas auch dabei, christliche Kinder mit dem Wissen und den Fähigkeiten auszustatten, um Leben zu retten. Ihnen wird beigebracht, wie man grundlegende Erste Hilfe leistet, während sie auf weitere Hilfe warten. Eine solche Ausbildung kann diesen jungen Menschen helfen, sich auf die Bedürfnisse der Verletzten zu konzentrieren, ruhig zu bleiben, die Situation einzuschätzen und entsprechend zu reagieren, was möglicherweise dazu beiträgt, die Panik im Moment zu verringern und mögliche Symptome einer PTBS in der Zukunft zu reduzieren.

Drittens können wir auch Bildungsressourcen, Schulhefte und Bibeln für vertriebene Kinder bereitstellen, die ihre Lehrer durch die anhaltende Gewalt verloren haben oder gezwungen waren, weit von ihren Schulen zu fliehen. Dies wird sowohl den spirituellen als auch den pädagogischen Bedürfnissen derjenigen gerecht, die unter Vertreibung und Trauma leiden.

<https://www.barnabasaid.org/de/latest-news/help-and-hope-for-christians-in-central-nigeria/>

Nigeria: Mehr als ein Dutzend Tote

Am ersten Tag der Proteste gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung

Abuja (Fides) - Mindestens ein Dutzend Tote in verschiedenen Gebieten Nigerias ist die Bilanz des ersten Protesttages, zu dem gestern, am 1. August (siehe Fides 1/8/2024), gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Bola Ahmed Tinubu aufgerufen wurde.

Die Bilanz fällt je nach Quelle unterschiedlich aus. Nach Angaben der nigerianischen Sektion von Amnesty International wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei 13 Menschen getötet, während die nigerianische Zeitung OsunReporters News die Zahl auf 19 beziffert.

Die Zusammenstöße fanden in den Bundesstaaten Kano, Borno, Yobe, Kaduna, Gombe, Bauchi, Niger, Jigawa und im Bundeshauptstadtterritorium Abuja (FCT) statt.

Während die Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen die Polizei beschuldigen, die Proteste mit tödlicher Gewalt unterdrückt zu haben, scheint auch das eingetreten zu sein, was befürchtet wurde, nämlich dass friedliche Proteste von kriminellen Banden infiltriert wurden, die die Zusammenstöße angeheizt haben, um Chaos zu stiften und öffentliche Ämter und private Einrichtungen zu plündern. Im Bundesstaat Borno infiltrierten Elemente von Boko Haram die Demonstranten in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates, was zu Zwischenfällen führte, bei denen mindestens vier Menschen starben.

Die Polizei gab an, dass sie mindestens 30 Personen festgenommen hat.

Unterdessen gehen die Demonstrationen weiter. Heute Morgen, am 2. August, hat die Polizei in der Bundeshauptstadt Abuja Tränengas eingesetzt, um Dutzende von Demonstranten zu vertreiben.

(L.M.) (Fides 2/8/2024)

Nigeria: Zwei Kirchenvorsteher freigelassen

IIRF-D/BA/Tübingen/08.08.2024 -

Gebete wurden erhört, als zwei nigerianische Geistliche, die von bewaffneten militanten Gruppen im Juni entführt worden sind, freigelassen wurden. Die Entführungen fanden an gegenüberliegenden Enden des Landes statt.

Mikah Suleiman wurde im nordwestlichen Zamfara Staat entführt, als bewaffnete Männer sein Haus in der Stadt Gusau um 3:00 Uhr nachts am 22. Juni überfielen. Seine Entführer veröffentlichten ein Video, in dem er dringend um Hilfe bat.

Mikahs Freilassung wurde in einer Bekanntmachung am Sonntag 7. Juli veröffentlicht. Kirchensprecher Pascal Salifu sagte: „Wir danken Gott von ganzem Herzen für Seinen Schutz und auch allen anderen, die gebetet haben und uns unterstützt haben in dieser herausfordernden Zeit.“

Hinzufügend bemerkte er, dass Mikah die notwendige Pflege und Behandlung nach seinem Ordal erhält, Salifu ermutigte Gläubige „weiterhin für ihn zu beten, während seiner Zeit der Wiederherstellung“.

In einem weiteren Video erklärte Mikah, dass er bei guter Gesundheit sei und sagte: „Ich möchte Ihnen danken für Ihre Gebete und die Unterstützung, die zu meiner Freilassung geführt hat. Durch die Gnade Gottes wurde ich aus den Händen der Banditen befreit. Ich danke Ihnen von meinem ganzen Herzen.“

Christian Ike wurde am Sonntag 16. Juni nach einem Gottesdienst in Ajalli, Orumba North Local Government Area des Anambra Staates im Südosten Nigerias, entführt.

Kirchensprecher Lawrence Nwankwo gab am 13. Juli bekannt, dass Christian zusammen mit einem anderen Gläubigen, Mazi Ogbonnaya Aneke, freigelassen wurde. Er dankte den Gläubigen für die Unterstützung im Gebet und bat, weiterhin um Heilung für die beiden Freigelassenen zu beten, und fügte hinzu: „Lasst uns ebenso für die vielen anderen beten, die immer noch festgehalten werden und für eine größere Sicherheit in unserem Teil der Welt.“

Zur Zeit der Verfassung dieses Artikels waren Pastor Paul Musa und seine Frau Ruth, die von Boko Haram, islamistischen Terroristen im Borno Staat, im März 2023 entführt wurden, immer noch in Gefangenschaft (siehe *Gebetsanliegen Update*, Juni 2024).

Danken Sie dem Herrn für die Freilassung von Mikah, Christian und Mazi, und beten Sie bitte, dass jeder eine völlige Wiederherstellung und Gesundung von seiner Gefangenschaft erfährt. Bitten Sie, dass sie getröstet sind und sich daran erinnern, dass was Menschen für Böses planen, plant Gott für gut (1. Mose 50:20). Bitten Sie den Herrn sie zu befähigen, die Sicherheit Seines Lichtes, das durch die dunkelsten Zeiten scheint (Micha 7:8), weiterzugeben. Bitte beten Sie weiterhin für Paul Musa und Ruth um ihre Freilassung zusammen mit jeden anderen Pastoren, die immer noch von militanten Gruppen in Nigeria festgehalten werden.

Quelle: <https://www.barnabasaids.org/de/latest/>

Pakistan: 15jährige vergewaltigt. Polizei bleibt passiv.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/02.08.24 - Die Polizei in Pakistan hat sich geweigert, zwei Muslime zu verhaften, die ein 15-jähriges christliches Mädchen vergewaltigt haben, und die Verdächtigen haben gedroht, ihre Familienmitglieder zu verletzen, wenn sie den Fall nicht zurückziehen, sagten Verwandte und Anwälte.

Sonia Mehboob, die Mutter des Mädchens, sagte, ihre Tochter sei in der Nacht des 1. Juli in Lahore von Fahad Nasir und Muhammad Amjad vergewaltigt worden. Die Polizei verzögerte die Eintragung eines ersten Informationsberichts (FIR) um einen Tag, sagte sie.

„Wir haben die Polizeistation mehrmals aufgesucht, aber jedes Mal wurden wir von der Polizei unfreundlich behandelt“, sagte Mehboob gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Als die Polizei schließlich unsere Anzeige registrierte, wurde kein Versuch unternommen, die Angeklagten zu verhaften, so dass sie vom Gericht eine vorläufige Kaution erhalten konnten.

Ihre Tochter, deren Name als mutmaßliches Vergewaltigungsopfer nicht genannt wird, hatte das Haus gegen 22 Uhr verlassen, um zu einem nahegelegenen Lebensmittelladen zu gehen. Als sie zurückkam, hielten die beiden Verdächtigen sie auf der Straße an und zwangen sie, mit Drogen versetztes Wasser zu trinken, sagte Mehboob.

„Sie wurde bewusstlos, nachdem sie das mit Drogen versetzte Wasser getrunken hatte, woraufhin die Angeklagten sie in ein Haus brachten und vergewaltigten“, sagte sie.

Mehboob, eine katholische Hausangestellte, sagte, als ihre Tochter nicht zurückkam, machten sie und ihr Mann sich auf die Suche nach ihr.

„Während wir nach ihr suchten, sahen wir Fahad auf der Straße stehen“, sagte sie. "Als wir ihn nach unserer Tochter fragten, sagte er, er habe sie in einen nahe gelegenen Park gehen sehen.

Sie eilten zu dem Park, fanden sie dort aber nicht und kehrten in ihre Straße zurück.

„Fahad war nicht da“, sagte Mehboob. „Nach einiger Zeit sahen wir Amjad aus einem Haus kommen, gefolgt von meiner Tochter, die Mühe hatte, zu gehen.“

Amjad rannte weg, als er sie sah. Ihre Tochter stand unter Drogen und konnte kaum sprechen.

"Ihre Kleidung war blutdurchtränkt. Wir riefen sofort die Polizei, die sie zur Behandlung und medizinischen Untersuchung ins Krankenhaus brachte“, sagte Mehboob. "Die ärztliche Untersuchung ergab, dass sie vergewaltigt worden war. Sie hatte auch Folter- und Bisswunden am Körper."

Einige Beamte begaben sich zum Tatort und beschlagnahmten Beweise. Sie stellten auch illegale Waffen im Haus sicher, sagte sie.

Mehboob beantragte die Aufnahme eines Verfahrens gegen Nasir und Amjad, aber die Polizei wollte an diesem Tag keine Anzeige aufnehmen, sagte sie. Sie flehte den Ermittlungsbeamten mehrmals an, DNA-Tests des Opfers und der beiden Verdächtigen durchzuführen, aber er weigerte sich, sagte sie.

„Die Beschuldigten bedrängen uns jetzt, den Fall zurückzuziehen, und warnen uns vor schlimmen Konsequenzen“, sagte Mehboob.

Am 19. Juli reichten die Verdächtigen eine falsche Anzeige wegen Körperverletzung gegen ihren 16-jährigen Sohn Zikaria ein und beschuldigten ihn, Nasir angegriffen zu haben, obwohl der Teenager aufgrund einer Beinverletzung kaum laufen kann, sagte sie.

„Sie haben auch Sadiq Masih, einen christlichen Seelsorger aus der Gegend, in den Fall verwickelt, weil er uns bei unserem Streben nach Gerechtigkeit hilft“, sagte Mehboob.

Ihre Tochter sagte, dass sie, als sie das Bewusstsein wiedererlangte, verwirrt war, weil sie sich in einem Raum befand.

„Als ich das Bewusstsein wiedererlangte, war mein Geist taub und meine Sicht verschwommen“, sagte sie gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Zuerst konnte ich nicht begreifen, was mit mir geschehen war, aber dann begann ich den Schmerz zu spüren. Es war furchtbar. Ich hatte einige Bissverletzungen an meinem Körper, die ebenfalls sehr schmerzten."

Als sie wieder zu sich kam, war niemand mehr im Haus, und nach einiger Zeit schloss Amjad das Haupttor auf, sagte sie.

„Ich versuchte zu fliehen, aber er schlug mich und biss mich in die Wange, als ich versuchte, mich zu befreien“, sagte sie. "Ich begann um Hilfe zu schreien, woraufhin er von mir abließ und das Haus verließ. Ich folgte ihm nach draußen, und während ich versuchte, herauszufinden, wo ich war, sahen mich meine Eltern und nahmen mich in den Arm“.

Sie sagte, der Übergriff habe bei ihr ein schweres psychisches und physisches Trauma hinterlassen. "Ich kann nachts immer noch nicht schlafen. Die bittere Erinnerung an diese Nacht verfolgt mich bis zum heutigen Tag“.

Shahid Altaf, ein ortsansässiger Muslim von der regierenden Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N), sagte, er unterstütze die christliche Familie, „weil es das Richtige sei“.

„Obwohl ich Muslim bin, will ich Gerechtigkeit für sie, denn sie ist das Opfer eines barbarischen Verbrechens“, sagte Altaf gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Die Angeklagten sind berüchtigte Kriminelle und haben eine Vorgeschichte von sexuellen Übergriffen auf minderjährige Kinder. Sie fungieren auch als Informanten für die Polizei, weshalb keine Maßnahmen gegen sie ergriffen werden“.

Mit Altafs Hilfe engagierte die Familie am Samstag (27. Juli) die christliche Anwältin Zunaira Yousaf, um den Fall zu verfolgen. Sie sagte, sie werde bei der für Dienstag (30. Juli) anberaumten Gerichtsverhandlung die Kautionen der Verdächtigen anfechten.

„Ich habe auch einen Antrag an den Senior Superintendent der Polizeiermittlungsabteilung gestellt, um den Ermittlungsbeamten in diesem Fall auszutauschen.“, sagte Yousaf gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Die Polizei ist eindeutig auf der Seite der Angeklagten. Es ist fast ein Monat vergangen, aber die Polizei hat noch keine DNA-Tests bei den Angeklagten und dem Opfer durchgeführt. Aus diesem Grund ist es den Angeklagten dreimal gelungen, ihre Kaution vor der Verhaftung vom Gericht verlängern zu lassen."

Der Fall zeige, wie schwierig es für verletzte Christen sei, in Pakistan Gerechtigkeit zu erlangen, sagte sie.

„In ihrer polizeilichen Aussage hat das Opfer Fahad als die Person identifiziert, die sie betrunken gemacht hat“, sagte Yousaf. "Außerdem ist das Haus, in dem sie vergewaltigt wurde, von Fahad gemietet worden. Diese Tatsachen rechtfertigen die sofortige Verhaftung von Fahad, aber der Ermittlungsbeamte hat sich bewusst nicht gegen eine Kaution vor der Verhaftung ausgesprochen."

<https://morningstarnews.org/2024/07/family-seeks-justice-after-rape-of-15-year-old-girl-in-pakistan/>

Pakistan: Christ, Vater von vier Kindern, erschossen

Muslimische Nachbarn waren in sein Haus eingebrochen

IIRF-D/BA/Tübingen/08/08/2024 - Bitte beten Sie für die Familie eines pakistanischen Christen, der in seinem Haus in Lahore, Punjab, erschossen wurde, nachdem muslimische Nachbarn in sein Haus eingebrochen waren.

Auf Marshall, 28 Jahre alt, wurde während des Einbruches in den früheren Morgenstunden des 10. Juli 15 Mal geschossen, nachdem in sein Heim von mindestens vier Männern eingebrochen wurde. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag.

Yaqoob Masih, Marshalls Vater, identifizierte zwei der Angreifer als „zwei muslimische Jungen aus unserer Nachbarschaft, Shani und Azam“.

Marshall war der Vater von vier Kindern und der einzige Verdiener der Familie. Er betrieb einen kleinen Lebensmittelladen von zu Hause. Er hinterlässt seine Frau Mehdi, drei Töchter und einen Sohn.

Der Angriff wurde durch eine Anzeige ausgelöst, die Marshall bei der Polizei machte wegen seines Nachbarn Shani und anderen, die in der Nähe von Marshalls Haus mit ihren Waffen bis spät in die Nacht in die Luft schossen.

Noch während seines Arrestes drohte Shani damit, Marshall aus Rache zu töten. „Er konnte den Gedanken nicht ertragen, wie ein Christ es wagen konnte, ihn bei der Polizei anzuzeigen,“ sagte ein Barnabas Aid Kontakt.

„Als Christ war Marshall ein leichtes Ziel,“ fügte er hinzu.

Einer der Bewaffneten schlug Marshalls Frau mit seiner Pistole an die Stirn während des Überfalls.

Sechs Personen werden von der Polizei gesucht im Zusammenhang mit Marshalls Tod. Die Polizei hat vier der Verdächtigen bereits verhaftet.

Bitte beten Sie für Gottes Trost für Marshalls Witwe und seine Kinder, während sie um den Ehemann und Vater trauern. Beten Sie für Heilung ihrer Herzen (Psalm 147:3) während sie Schutz suchen beim Herrn und dass sie Seine Versorgung in den kommenden Jahren erfahren. Danken Sie dem Herrn für die bereits geschehenen Verhaftungen und beten Sie, dass alle Beteiligten gefasst werden und eine echte Umkehr und Reue erfahren. Bitten Sie den Herrn Seine Kinder in Lahore vor weiterer Gewalt zu beschützen.

Quelle: <https://www.barnabasaid.org/de/latest/>

Russische Föderation: Geistlicher zusammen mit 20 Personen in Terrorattacken in Dagestan getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/08/08/2024 - Christen in der russischen Republik Dagestan brauchen unsere Gebete. Bei zwei miteinander verbundenen Terrorattacken am 23. Juni in zwei Städten der Region wurden mehr als 20 Menschen getötet ([wir berichteten](#)). Unter den Ermordeten befand sich auch ein 66 Jahre alter Geistlicher.

Nikolai Kotelnikov, der Leiter einer Kirche in der Stadt Derbent, starb, nachdem seine Kehle von den Angreifern durchgeschnitten wurde. Ein Wachmann in derselben Kirche wurde erschossen.

Eine Kirche in Makhachkala, Dagestans größte Stadt, wurde ebenso angegriffen, genauso wie Synagogen in beiden Städten, ebenso eine Polizeikontrolle in Makhachkala.

Mindestens 15 Polizisten und Offiziere der Nationalgarde wurden zusammen mit mehreren Zivilisten getötet. Bisher ist unklar wer für die Attacken verantwortlich ist.

Dagestan ist eine halb-autonome Republik in der nördlichen Kaukasus Region der russischen Föderation.

Bitte beten Sie für alle, die von diesen Terrorattacken betroffen sind, speziell für unsere Geschwister im Herrn. Beten Sie, dass Christen in Dagestan dem Herrn vertrauen, dass Er sie aus ihren Ängsten erlösen wird (Psalm 34:4) und sie Seine Stärke und Hilfe in dieser herausfordernden Zeit (Jesaja 41:10) erfahren. Bitten Sie, dass alle Menschen in Dagestan und der weiteren Region vor weiterer Gewalt geschützt sind.

Quelle: <https://www.barnabasaid.org/de/latest/>

Russland: Mut und Weisheit die Frohe Botschaft weiterzugeben

(Licht im Osten) Folgender Bericht erreichte uns aus Russland: „In meiner Stadt bemühen wir uns als Gemeinde, Straßenevangelisation zu betreiben. Manchmal gelingt es uns, manchmal nicht, weil die Polizei es verbietet. Wollen die Menschen heute Gottes Wort hören? Ich glaube, es gibt immer ein Bedürfnis und einen Durst nach dem Wort Gottes. Die Menschen sind ratlos, sie verstehen überhaupt nicht, was um uns herum und im Land passiert. Wenn man nur durch die Straßen unserer Stadt geht, könnte man den Eindruck gewinnen, dass gar nichts Besonderes auf der Welt passiert: dass es keinen Krieg gibt und um uns herum nur Glückseligkeit herrscht. Aber wenn ich mit den Menschen spreche, merke ich, dass dem nicht so ist. Es herrscht Angst und die Erwartung einer Katastrophe. Die Menschen sind ratlos, manche – auch aus den Reihen unserer Gemeindeglieder – haben Söhne oder Verwandte im Krieg verloren. Die Menschen haben Angst, offen darüber zu sprechen, Angst vor Repressalien, Angst vor dem nächtlichen Klingeln an der Tür. Sie sind besorgt über das, was geschieht. Wie soll man damit umgehen?

Wie soll man weiterleben? Es gibt keine Antwort. Schweigen. Enttäuschung. Unverständnis. Verzweiflung. Wir, die wir an Gott glauben, haben Hoffnung, die wir mit den Menschen teilen können. Christus hat uns gewarnt, dass dies ‚geschehen muss‘ und dass ‚die Welt im Argen liegt‘. ‚Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht.‘ (Joh 14,27) Diese Zusage von Christus beruhigt und tröstet uns nicht nur, sondern befähigt uns auch, seinen Missionsauftrag zu erfüllen.“ **Bitte beten Sie**

- > für die Christen in Russland, dass sie von Gott Klarheit erhalten in den verworrenen Umständen und bei aller Regierungspropaganda.
- > dass sie immer wieder Mut und Weisheit haben, die Frohe Botschaft weiterzugeben.
- > dass sie ein Licht sind in ihrer verunsicherten und verzweifelten Umgebung.

SCHOTTLAND: NEUE UMFRAGE SIEHT CHRISTEN UNTER DRUCK

IIRF-D/OIDAC/Tübingen/08/08/2024 - Laut einer Meinungsumfrage des Think Tanks "Logos", die am 23. Juli in The Herald veröffentlicht wurde, fühlen sich Christen in Schottland "ausgeschlossen". Mehr als 70 % sind der Meinung, dass die schottische Regierung sie nicht unterstützt, und 75 % waren besorgt über Beschimpfungen christlicher Politiker.

Während 70 % der Christen unter den 1.000 befragten schottischen Wählern angaben, Vorurteile aufgrund ihres Glaubens erlebt zu haben, gab die Mehrheit der nichtchristlichen Befragten an, dass sie keiner Diskriminierung ausgesetzt waren. Weniger als 10 % der Befragten (Christen und Nichtchristen) waren der Meinung, dass schottische Geistliche Christen unterstützen.

Lord Jim Wallace, der Vorsitzende der schottischen Liberaldemokraten, nannte diese Zahlen "beunruhigend" und sagte, dass "es alle Politiker beunruhigen muss, wenn sich ein solcher Teil der christlichen Gemeinschaft Schottlands ausgeschlossen und ignoriert fühlt.

Shona Haslam, CEO von Logos, sagte, dass diese Ergebnisse ein "Gefühl der Ausgrenzung" unter schottischen Christen offenbaren, und drückte ihre Hoffnung aus, dass die Daten dazu beitragen würden, das Bewusstsein für die Ansichten der Christen unter den politischen Führern zu schärfen.

Leider stimmen diese Ergebnisse mit anderen jüngsten Meinungsumfragen aus dem Vereinigten Königreich überein (OIDAC [berichtete](#)).

Quelle: [The Herald](#)

Somalia: Anschlag am Strand von Mogadischu

In den Medien kursieren Schreckensbilder

(von Gianluca Frinchillucci für fidesdienst) Mogadischu (Fides) - Mogadischu und ganz Somalia wurden am vergangenen Freitag, dem 2. August, von einem tragischen Terrorakt erschüttert, als Mitglieder der islamistischen Terrormiliz Al-Shabaab ein Hotel am Strand angriffen und 40 Tote und 140 Verletzte hinterließen. Die Bevölkerung ist traumatisiert von dem Massaker an Unschuldigen, die in einer der sichersten Gegenden der Stadt am Meer spazieren gingen.

Nach Angaben einer lokalen Quelle gingen am Sonntag, dem 4. August, Hunderte von Menschen auf die Straße, um ein Ende der terroristischen Aktionen zu fordern. Der somalische Staat reagiert mit Verhaftungen und Ermittlungen, um eine mögliche Mitschuld an dem schrecklichen Anschlag zu prüfen.

"Um das Hotel mit einem Sprengstoffgürtel und Waffen zu erreichen, passierten die Al-Shabaab-Terroristen mehrere Kontrollpunkte. Der Selbstmordattentäter sprengte sich in der Nähe des „Sea View“-Hotels in die Luft. Die somalischen Sicherheitsbehörden durchleuchten nun alle möglichen Elemente, um die Netzwerke ins Visier zu nehmen, die es den Terroristen ermöglichten, in eine 'sichere' Zone einzudringen", so der Beobachter weiter, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will.

Der Lido Beach in Mogadischu ist ein Ort, an dem viele Menschen aus der Stadt ihre Freizeit verbringen, und in dem betreffenden Hotel finden auch internationale Tagungen statt. Ein sehr lebenswerter Ort in der Stadt, so wurde es zumindest gesehen.

"In den letzten vier Jahren gab es bereits drei Terroranschläge in der Gegend, aber das Attentat am Freitag, dem 2. August, war das schlimmste, sowohl was die Zahl der Toten und Verletzten als auch was die Planung betrifft. Offenbar wollte die Al-Shabaab-Miliz ein deutliches Zeichen setzen, dass sie überall zuschlagen kann, selbst in den am besten geschützten Gebieten, und dass der Terror noch immer das normale Leben und den Aufschwung in dem gebeinigten Land am Horn von Afrika beherrschen oder anderweitig bedrohen kann", so der Beobachter weiter.

"Al-Shabaab rekrutiert sehr junge Somalier, die auch durch das Gehalt angelockt werden, das etwa zehnmal höher ist als das eines gewöhnlichen Arbeiters, und durch die Verbreitung und den parallelen Handel mit synthetischen Drogen wird die Organisation zu einer Art Drogen-Terrorismus. Die Methoden ähneln oft denen von Mafia-Organisationen: Al-Shabaab nimmt in den landwirtschaftlichen Gebieten Bestechungsgelder oder einen Teil der Ernte ein, kontrolliert das Wasser und verlangt Schutzgeld von zahlreichen Händlern", erklärt der Beobachter.

"Sie verhalten sich wie Mafiosi, für sie hat das Leben keinen Wert. Oft haben sie keinen strategischen Plan für ihre Aktionen, sondern es handelt sich um Signale, um zu zeigen, dass sie das Sagen haben, dass sie mit Geld auf vielen Ebenen bestechen können und dass man, wenn man ihre Regeln nicht akzeptiert, mit seinem Leben bezahlt, wobei auch Unschuldige betroffen sind", betont der Beobachter.

"Ich kenne das Hotel gut", fügt er hinzu, "wir gehen oft dorthin: für uns ist es ein Erholungs- und Sicherheitsgebiet, und dieser Anschlag macht das Leben in der Stadt noch unsicherer. Nach der Corona-Pandemie haben viele humanitäre Organisationen das Gebiet verlassen, und viele Kinder und Jugendliche gehen nicht mehr zur Schule. Die Armut, die geringe Unterstützung und die zunehmende Verbreitung von Drogen unter der Jugend erleichtern den Terroristen die Rekrutierung. Solche schwerwiegenden Aktionen richten sich vor allem gegen die Bevölkerung, denn sie hält den Terror der Terroristen aufrecht. Das Hotel liegt nur wenige Minuten vom Zentrum entfernt, wo die Menschen ihre Wochenenden verbringen: Es gibt einen Strand für Frauen, ein "normales" Leben, so normal und sicher wie die Stadt nur sein kann. Ein Terrorist hat sich in die Luft gesprengt, die anderen sind mit Sturmgewehren gekommen und haben alle getötet, die sie angetroffen haben."

„Die Reaktion der Sicherheitskräfte hat ein noch schlimmeres Massaker verhindert. Viele Menschen leben in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die sich im Laufe der Jahre verschlechtert hat. Die internationale Gemeinschaft war aufgrund der Instabilität vor Ort nicht in der Lage, die Wirtschaft zu fördern. Al-Shabaab ist eine echte Mafia- und Drogenterrororganisation, die sich die Armut und die prekäre Lage zunutze macht, indem sie das Gebiet mit synthetischen Drogen überschwemmt, die immer mehr junge Menschen anziehen", resümiert der Beobachter.

Eine andere maßgebliche Quelle spricht hingegen von der heftigen Reaktion der Bevölkerung und des Staates auf diesen x-ten schweren Anschlag: Die Gesichter der massakrierten Jugendlichen kursieren in den sozialen Netzwerken Somalias, und die grausamen Schreckensbilder des Massakers am Strand veranlassen die Bevölkerung zu Protesten.

Mogadischu ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Nach Jahren der Krise und des Krieges ist auch ein wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen, und der Beobachter vor Ort hofft, es nach dem Blutvergießen der vielen jungen unschuldigen Opfer eine Antwort auf die Al-Shabaab-Terroristen geben wird, die Somalia mehr und mehr auf einen Weg des Friedens und der Entwicklung führt.

(Fides 6/8/2024)

Somalia: Christliche Familie von muslimischen Verwandten angegriffen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/02.08.24 - Die muslimischen Verwandten eines zum Islam konvertierten Somaliers haben ihn am 8. Juli in der Region Lower Juba ein zweites Mal angegriffen, ihn am Bauch verwundet, seiner Frau den Knöchel gebrochen und seine Kinder geschlagen.

Mohammad Abdul hatte am 5. Mai einen Messerangriff seiner muslimischen Verwandten am Stadtrand von Kismayo in der südsomalischen Region Lower Juba überlebt. Seine Schwiegereltern hatten ihm seine Frau und fünf Kinder weggenommen, während er im Krankenhaus behandelt wurde. Abdul kam im März zum Glauben an Christus.

Nachdem er seine Familie nach dem Angriff im Mai, bei dem er eine tiefe Schnittwunde am Kopf und eine gebrochene Hand davontrug, wiedergefunden hatte und in ein anderes Gebiet umgesiedelt war, erlitt Abdul bei dem Angriff am 8. Juli auch Verletzungen, die ihm das Sprechen unmöglich machten, so seine Frau.

Abdul, 40, fand am 10. Juni ein gemietetes Haus für seine Familie, etwa 50 Kilometer von seinem Haus entfernt, das die Verwandten bei dem Angriff am 5. Mai zerstört hatten, und bald darauf zog seine Familie in das neue Haus um.

Gegen Ende Juni begannen seine Schwiegereltern, seine Frau mit Drohanrufen zu belästigen, sagte sie.

„Ich begann, Anrufe von meinen Verwandten zu erhalten, dass ich zu meinen Leuten zurückkehren solle, bevor wir zu einer Religion konvertieren, die im Islam nicht anerkannt ist - ‚Bitte komm zurück nach Hause, um dich und die Kinder nicht zu gefährden‘“, sagte seine Frau, deren Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird.

Zunächst habe sie die Botschaften nicht beachtet, da sie glaubte, der Aufenthaltsort der Familie sei weit genug entfernt und ihnen unbekannt, obwohl einer ihrer vertrauenswürdigen Verwandten ihr geholfen habe, umzuziehen, sagte sie.

„Als immer mehr Drohbriefe eintrafen, bekam ich langsam Angst“, sagte sie gegenüber Morning Star News.

Gegen 20 Uhr am 8. Juli kamen fünf ihrer Verwandten und klopfen an die Tür, die sie öffnete.

„Mein Mann war da im Waschraum“, sagte sie. "Sofort begannen sie, nach dem Verbleib meines Mannes zu fragen.

Sie blieb stumm, sagte sie.

„Einer meiner Verwandten ging aus dem Wohnzimmer und kam mit Stöcken zurück und begann, die Kinder zu schlagen, die laut zu weinen begannen“, sagte sie. "Ein anderer Verwandter ging nach draußen, kam mit einem stumpfen Gegenstand und schlug mich auf meinen linken Knöchel. Mein Mann fasste Mut, stürzte aus dem Schlafzimmer und versuchte, mich zu retten, aber er wurde leicht überwältigt und mit einem Messer in den Bauch gestochen, während ein anderer ihn am ganzen Körper traf."

Viele Nachbarn kamen, weil sie dachten, Räuber würden sie angreifen, und ihre Verwandten flohen, sagte sie.

„Ich danke Gott, dass sie dieses Mal nicht ihren üblichen islamischen Slogan ' *Allah Akbar* [Gott ist größer] gerufen haben, der unser Leben hätte gefährden können, denn wir leben in einer islamischen Region“, sagte sie. "Die Nachbarn fanden meinen Mann in einer Blutlache und brachten uns in eine nahe gelegene Klinik.

Abdul ist in stabilem Zustand, kann aber nicht mehr sprechen, sagte sie. Die Ärzte haben ihren gebrochenen Knöchel eingegipst.

„Wir bitten um finanzielle Unterstützung und Gebete in dieser schwierigen Zeit“, sagte sie. "Wir befinden uns in einem Zustand der Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit.

Wir brauchen dringend Schulgeld und Lebensmittel. Beten Sie auch für unseren Schutz in dieser feindseligen und antichristlichen Gemeinschaft“.

Somalias Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest und verbietet nach Angaben des US-Außenministeriums die Verbreitung jeder anderen Religion. Sie schreibt auch vor, dass die Gesetze den Grundsätzen der *Scharia* (islamisches Recht) entsprechen müssen, wobei für Nicht-Muslime keine Ausnahmen gelten.

Die Todesstrafe für Abtrünnigkeit ist nach den vorherrschenden Schulen der islamischen Rechtsprechung Teil des islamischen Rechts. Eine islamische Extremistengruppe in Somalia, Al Shabaab, ist mit Al-Qaida verbündet und hält sich an diese Lehre.

<https://morningstarnews.org/2024/07/muslim-relatives-attack-christian-wife-and-children-in-somalia/>

Somalia: UN-Generalsekretär verurteilt islamistischen Anschlag

Mogadischu: Mindestens 37 Menschen kamen bei dem Angriff von Al-Shabaab ums Leben

Mogadischu (IDEA) – Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, hat den Angriff von Islamisten auf einen Strand in Somalias Hauptstadt Mogadischu „aufs Schärfste“ verurteilt. Das teilte der Stellvertretende Pressesprecher des Generalsekretärs, [Farhan Haq](#), am 3. August mit. Guterres sprach ihm zufolge den Familien der Hinterbliebenen sein Beileid aus und wünschte den Verletzten eine rasche Genesung. Der Generalsekretär sei traurig darüber, dass die Menschen des Landes weiterhin Opfer solch abscheulicher Terrorakte werden. Die Vereinten Nationen stünden fest an der Seite der Regierung und des Volkes von Somalia gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus. Bei dem Anschlag am Abend des 2. August wurden mindestens 37 Menschen getötet und mehr als 60 verletzt. Fünf Angreifer sollen bei einem Schusswechsel mit Sicherheitskräften getötet worden sein. Die islamistische Terrormiliz Al-Shabaab hat sich zu der Tat bekannt. Al-Shabaab vertritt eine strenge Form der Scharia und will in Somalia einen Gottesstaat errichten. Die Terrormiliz übt laut dem überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors erheblichen Einfluss aus und kontrolliert große Teile des Landes. Die Gruppe habe außerdem erfolgreich Bundes- und Kommunalbehörden unterwandert. Auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) von Open Doors liegt Somalia hinter Nordkorea auf Rang zwei.

Sudan: Die Hälfte der Sudanesen leidet Hunger

Keine Friedensgespräche nach Anschlag auf General Burhan

Khartum (Fides) - "Wir werden uns nicht zurückziehen, wir werden nicht kapitulieren und wir werden mit keiner Instanz verhandeln", mit diesen Worten wies General Abdel-Fattah Burhan, Befehlshaber der sudanesischen Streitkräfte und Präsident der sudanesischen Übergangsregierung, unmittelbar nachdem er dem Angriff am 31. Juli entkommen war, jede Hypothese von Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkriegs zurück.

Der Angriff wurde mit Drohnen durchgeführt, die die Militärbasis in Gebeit angriffen. "Wir haben keine Angst vor den Drohnen, wir werden nur sterben, wenn Gott es will", sagte Burhan.

Unterdessen bekannten die „Rapid Support Forces“ (RSF) unter der Führung von Mohamed Hamdan "Hemedti" Dagalo sich bisher nicht zu dem Attentat. Letzterer ist Burhans Gegenspieler bei den von den USA und Saudi-Arabien geförderten Verhandlungen zur Beendigung des am 15. April 2023 ausgebrochenen Konflikts. Burhan erklärte seine Absicht, den Kampf fortzusetzen: "Wir werden unsere Waffen nicht niederlegen, bis das Land von allen Rebellen und Söldnern befreit ist. Wir fahren fort, die Terrormiliz der Familie Dagalo zu zerschlagen und zu eliminieren". Burhans entschlossene Haltung kann nicht nur als Reaktion auf das gescheiterte Attentat verstanden werden, sondern auch im Zusammenhang mit den jüngsten territorialen Eroberungen der SAF in Omdurman, einem wichtigen Handelszentrum, das zusammen mit Khartum und Bahri das Herz des Staates Khartum bildet, einem der kleinsten, aber bevölkerungsreichsten der 18 Bundesstaaten der Sudanesischen Föderation und das pulsierende Herz der Nation.

Der Krieg geht weiter, während die Bevölkerung Hunger leidet am Rande der Erschöpfung steht. "Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, d.h. 26 Millionen Menschen im Sudan, leiden heute unter akutem Hunger, darunter 755.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen, und es gibt auch hungerbedingte Todesfälle", sagte Stephane Dujarric, Sprecher von UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Nach Angaben des UN-Hungerprüfungsausschusses (FRC) ist eine der dramatischsten Situationen im Binnenvertriebenenlager Zamzam in Nord-Darfur zu beobachten, wo sich die Fälle von schwerer Unterernährung häufen.

Das Flüchtlingslager Zamzam hat 500.000 Einwohner und liegt in der Nähe der Stadt EL-Fasher, in der 1,8 Millionen Menschen leben. Die Stadt wird seit Monaten von der RSF belagert, so dass keine humanitäre Hilfe geliefert werden kann. Darfur ist die Hochburg der RSF, und EL-Fasher ist die letzte Hochburg in der Region, die sich noch in den Händen der SAF befindet. Appelle zur Öffnung der humanitären Korridore in die Stadt sind bisher vergeblich geblieben.

(L.M.) (Fides 2/8/2024)

Tschad: Priester festgenommen

“Der Staatsanwalt hat sich noch nicht geäußert“

N'Djamena (Fides) - "Wir wissen nicht, wo Pater Madou nach seiner gestrigen Verhaftung ist. Der Staatsanwalt hat sich noch nicht geäußert und daher gibt es noch keine formelle Anklage gegen ihn", berichten lokale kirchliche Quellen aus N'Djamena, der Hauptstadt des Tschad, wo am gestrigen 5. August, Pater Simon-Pierre Madou Baihana, Pfarrer der Gemeinde des Seligen Isidor Bakandja in Walia Goré, von Sicherheitsbeamten festgenommen wurde. Laut einer vom Erzbischof von N'Djamena, Goetbé Edmond Djitangar, unterzeichneten Mitteilung wurde Pater Madou "am 5. August um 18.33 Uhr" verhaftet. Die Verhaftung erfolgte ungeachtet seines Gesundheitszustands ohne jede Vorwarnung. Pater Madou ist krank und wird im Gesundheitszentrum „Sainte Mère Teresa de Calcutta“ behandelt. Er wurde von Männern mit Turbanen abgeholt, die in nicht identifizierten Fahrzeugen kamen. Die Eingangstür der Pfarrei wurde gewaltsam geöffnet, wobei vier Schüsse auf die Schlösser abgefeuert wurden. "Die Art und Weise der Verhaftung hatte zunächst auf eine Entführung durch Banditen hingedeutet. Dann gab die Regierung in einer Erklärung bekannt, dass der Priester in Gewahrsam genommen worden sei", so der Beobachter gegenüber Fides. Nachdem Gerüchte über die angebliche Entführung des Priesters aufgekommen waren, gab der Außenminister und Regierungssprecher Abderrahmane Koulamalah eine Erklärung ab, in der er versicherte, dass "Pater Madou von den Ordnungskräften ordnungsgemäß und unter strikter Einhaltung der gerichtlichen Verfahren festgenommen wurde". Der Erklärung der Regierung zufolge wurde der Priester wegen "seiner wiederholten Äußerungen, die zur Spaltung des Landes aufriefen und den nationalen Zusammenhalt gefährdeten", verhaftet. Wie der Beobachter jedoch gegenüber Fides berichtet, „hat der Staatsanwalt mehr als 12 Stunden nach der Verhaftung noch keine Anklage gegen den Priester erhoben". Bischof Djitangar ruft die Gläubigen unterdessen auf, Ruhe zu bewahren und bittet die "zuständigen Behörden, die Urheber und wahren Anstifter dieser Aktion zu ermitteln". (L.M.) (Fides 6/8/2024)

Turkmenistan: Haftandrohung gegen protestantischen Pastor

Anfang Juli erklärte Juman Illiyev, ein Funktionsträger einer Moschee im Dorf Dogryyol im Osten Turkmenistans gegenüber den Besuchern der Moschee, dass der protestantische Pastor Rahymjan Borjakov „früher oder später eingesperrt wird.“ Illiyev fügte hinzu, es werde bereits daran gearbeitet. Etwa zwei Wochen, nachdem Illiyev diese Äußerungen in der Öffentlichkeit getätigt hatte, besuchten ein Offizier der Geheimpolizei des Ministeriums für Staatssicherheit und ein regionaler Beamter für religiöse Angelegenheiten das Heim von Pastor Borjakov in Dogryyol. „Sie wollten Auskunft über seinen Bruder und seine Cousins, schrieben Autonummern auf, sowie Informationen über deren Arbeits- bzw. Studienplätze“, erklärte ein Christ, der aus Furcht vor staatlichen Repressalien nicht namentlich genannt werden will, gegenüber Forum 18.

Verwandte, die keine Christen sind, erhielten bald danach drohende und beleidigende Anrufe eines Beamten, der für die Überwachung religiöser Aktivitäten zuständige Polizeiabteilung.

Pastor Borjakov, 44, leitet eine protestantische Kirche, die aufgrund der strikten Einschränkung der Ausübung der Religions- bzw. Glaubensfreiheit im Land nicht in der Lage ist, die staatliche Registrierung zu erlangen. Seine Kirchengemeinde hat keine formelle Erlaubnis, sich zum Gottesdienst zu versammeln. Alle Versammlungen finden unter Strafandrohung statt.

Beamte der Polizei und Geheimpolizei setzen auch nicht der russischen Minderheit angehörende orthodoxe Christen, also ethnische Turkmenen, Tataren, Usbeken und Tadschiken und deren Familien unter Druck, damit diese keine orthodoxen Gottesdienste besuchen und zum Islam konvertieren.

Während des Ramadans wurden die Muslime in den Moscheen besonders genau beobachtet. Wer den Behörden „zu religiös“ erschien, wurde zur Befragung durch die Polizei oder die städtische Wohnungsgesellschaft vorgeladen. Staatsangestellte, darunter Lehrer, die am Hadsch teilgenommen haben oder am Arbeitsplatz über ihren Glauben sprechen, werden von der Geheimpolizei bedroht. Die muslimische Bevölkerungsmehrheit wird besonders streng überwacht. Nur Moscheen der staatlich kontrollierten Zentralorganisation der Muslime dürfen rechtmäßig existieren. Der Obermufti und die Imame werden von der Regierung ernannt. Die Einschränkung der Ausübung der Religions- bzw. Glaubensfreiheit trifft alle Religionsgemeinschaften. Nur von der Regierung genehmigte Aktivitäten registrierter Religionsgemeinschaften an vom Regime genehmigten Stätten sind erlaubt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 2. August 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Uganda: Pastor auf dem Weg von der Kirche nach Hause ermordet

IIRF-D/BA/Tübingen/08/08/2024 - Pastor Richard Malinga, Uganda, wurde am Abend des 17. Juni auf dem Weg von seiner Kirche nach Hause angegriffen und getötet.

Der 36 Jahre alte Pastor war auf dem Weg nach Hause mit seinem Motorrad von einem Gebetsabend mit seiner Gemeinde im Pallisa Distrikt, etwa 160 km nordöstlich der Hauptstadt Kampala, als er angegriffen wurde.

Der Pastor erlitt mehrere Kopfverletzungen, und sein Körper wurde am nächsten Morgen auf der Straße gefunden. Sein Motorrad wurde gestohlen.

Die Polizei untersucht den Vorfall. Verantwortliche sagen, dass dies nicht der erste Vorfall dieser Art sei: einige Monate zuvor war ein Lehrer in ähnlicher Weise ermordet worden.

Bitte beten Sie für die Familie und die Gemeinde von Richard Malinga, dass Gott ihnen in ihrem Verlust beisteht und sie tröstet. Beten Sie, dass sie gerade in dem schmerzvollen Verlust ihres Unterhirten die sanfte Ermutigung und Leitung des Guten Hirten erfahren (Psalm 23:4). Bitten Sie den Herrn, dass die Gewalt in Uganda aufhört und die Bevölkerung nachts auf ihren Wegen sicher ist.

Quelle: <https://www.barnabasaid.org/de/latest/>

Usbekistan: Wir hoffen auf Gottes Gnade

(Licht im Osten) Aus diesem Land erfuhren wir Folgendes: „Ich war einen Monat auf Missionsreise in Kasachstan und Usbekistan. Dafür bin ich Gott sehr dankbar. Es ist eine große Freude zu sehen, dass sich dort die Situation der christlichen Gemeinden etwas zum Besseren wendet. Besonders freut mich, dass wir in Usbekistan nicht mehr wie früher wegen Polizeirazzien immer wieder während des Bibelstudiums den Ort wechseln mussten. Und obwohl die vor langer Zeit von den Behörden installierten Videokameras im Hof der Gemeinden immer noch da sind, mischen sich die Behörden nicht mehr so stark ein und lassen die Gemeinden in Ruhe. Man spürt, dass das Volk Gottes ein wenig aufgeatmet hat. Natürlich dürfen wir uns von dieser Freiheit nicht täuschen lassen, aber auch, wenn es nur für eine Weile ist, dürfen wir uns freuen und auf Gottes Gnade hoffen. Ehre sei Gott, Ehre sei Christus! ... In der usbekischen Hauptstadt hat sich die Haltung Christen gegenüber entspannt, aber in den usbekischen Kleinstädten ist es fast wie früher. Die Polizei führt nach wie vor Razzien durch und stört Gottesdienste. Die Behörden haben die Verantwortung und die Kontrolle über die öffentliche Ordnung an die lokalen Verwaltungsbehörden, die ‚Mahalla‘, übertragen, und die sind sehr wachsam und kontrollieren alles genau. Wenn sie hören, dass ein Muslim zum Glauben an Christus übergetreten ist, hetzen sie die muslimischen Verwandten gegen die gläubig gewordenen Christen auf. Diese sollen ihnen ‚das Gehirn waschen‘ und sie zu ihrem ursprünglichen muslimischen Glauben zurückführen. Die Strafe kann sehr brutal sein.

- > **Bitte beten Sie** für unsere Glaubensgeschwister in Usbekistan!“
- > Danken Sie mit uns für die Ansätze von Religionsfreiheit in der Großstadt.
- > Bitte beten Sie dafür, dass diese sich auch auf die kleineren Städte und ländlicheren Gebiete Usbekistans ausweitet.

Vietnam: Neuer kommunistischer Führer wird als Bedrohung für Christen gesehen

(International Christian Concern) - Am 3. August wurde der vietnamesische Präsident To Lam zum nächsten Generalsekretär der Kommunistischen Partei des Landes gewählt, ein Schritt, der Befürworter der Religionsfreiheit beunruhigt.

In seiner Dankesrede bekräftigte der 66-Jährige sein Bekenntnis zu den kommunistischen Ideologien Vietnams. Lam war zuvor Leiter des vietnamesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit, einer Behörde, die für ihr ständiges hartes Vorgehen gegen Menschenrechtsaktivisten und Minderheitenreligionen wie das Christentum bekannt ist.

"Dieser Schritt ist eine schlechte Nachricht für Christen in Vietnam und vietnamesische Christen aus ethnischen Minderheiten, die aus Vietnam in andere Länder geflohen sind", sagte ein Mitarbeiter von International Christian Concern (ICC). "To Lams Vorgehen gegen vietnamesische Christen und Menschenrechtsverteidiger ist gut dokumentiert. Als ein Dienst, der leidende Christen unterstützt und stärkt, müssen wir Vietnam noch genauer beobachten, um sicherzustellen, dass die Christen dort die kommenden Prüfungen überstehen können, die ihnen unter der neuen Führung der Kommunistischen Partei mit ziemlicher Sicherheit bevorstehen."

Die meisten Vietnamesen praktizieren eine Mischung aus Buddhismus und Ahnenverehrung. Etwa 7 % der vietnamesischen Bevölkerung sind katholisch, während weniger als 3 % evangelische Christen sind.

Die Kirchen in ganz Vietnam sehen sich unter dem Kommunismus bereits zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Obwohl sie legal existieren können, sehen die Machthaber die Kirchen als Bedrohung an. Die kommunistischen Behörden schikanieren oft Kirchen, auch offiziell anerkannte, insbesondere, wenn sie evangelisieren oder in der Öffentlichkeit aktiv sind. Außerdem müssen die Kirchen ihre Lehren und Aktivitäten der Regierung melden. Mehrere vietnamesische Christen, die inhaftiert wurden, werden vermisst.

US-Beamte und Befürworter der Religionsfreiheit wie ICC haben kürzlich ihre Besorgnis über die Religionsfreiheit in Vietnam zum Ausdruck gebracht.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]